

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	III
Abkürzungsverzeichnis .....	XI
Literaturverzeichnis .....	XV

<b>Erster Teil: Grundlagen zur Beweislast und den Europäischen Richtlinien .....</b>	<b>1</b>
I. Überblick .....	1
II. Grundlagen zur Beweislast .....	2
A. Behauptungs- und Beweislast .....	2
B. Bedeutung der Beweislastverteilung .....	5
C. Prinzip der Beweislastverteilung .....	6
D. Beweiserleichterungen .....	7
1. Vermutungsregeln .....	8
2. Beweismaß(-reduzierung) .....	10
E. Rechtsnatur der Beweislastnormen .....	13
F. Beweislast und Auslandsbezug .....	14
III. Europäische Richtlinien .....	15
A. Grundsätze .....	15
B. Umsetzungsverpflichtung .....	16
1. Grundsätze .....	16
2. Auswirkung des Harmonisierungsgrades der Richtlinie auf die nationale Umsetzung .....	18
a) Zweck und Zielrichtung der Mindestharmonisierung .....	18
b) Überschießende Umsetzung von Mindestharmonisierungsrichtlinien ...	19
c) Zweck und Zielrichtung von Vollharmonisierungsrichtlinien .....	20
d) Überschießende Umsetzung von Vollharmonisierungsrichtlinien .....	21
e) Konsequenzen für das nationale Recht .....	21
C. Verpflichtung zur richtlinienkonformen Interpretation .....	22
1. Grundsätze der unionsrechtlichen Verpflichtung zur richtlinienkonformen Auslegung .....	22
2. Ausmaß und Grenzen der richtlinienkonformen Interpretation .....	24
D. Die richtlinienkonforme Auslegung im nationalen und unionsrechtlichen System .....	26
1. Methodenrechtliche Vorüberlegungen .....	26
2. Anwendung der richtlinienkonformen Auslegung im nationalen System ...	27
3. Auslegung der Richtlinie .....	30
E. Verpflichtende richtlinienkonforme Auslegung im überschießend umgesetzten nationalen Bereich? .....	32
1. Einheitliche oder gesplante Auslegung? .....	33
2. Verpflichtung zur Vorlage im Vorabentscheidungsverfahren? .....	36
F. Verpflichtungen der Mitgliedstaaten vor Ablauf der Umsetzungsfrist .....	37
G. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse .....	38

V

<b>Zweiter Teil: Die Verbrauchsgüterkauf-RL, ihre Umsetzung und (richtlinienkonforme) Auslegung mit Fokus auf die Vermutungsregel</b>	<b>41</b>
IV. Die Verbrauchsgüterkauf-RL und Judikatur des EuGH zu Art 5 Abs 3	
im Überblick	41
A. Ziele und wesentliche Inhalte der Verbrauchsgüterkauf-RL	42
B. Anwendungsbereich der Verbrauchsgüterkauf-RL	43
C. Die Vertragswidrigkeit nach der Verbrauchsgüterkauf-RL	43
D. Die Beweislastverteilung nach der Verbrauchsgüterkauf-RL	45
E. Die Judikatur des EuGH zu Art 5 Abs 3 der Verbrauchsgüterkauf-RL	47
V. Umsetzung der Verbrauchsgüterkauf-RL in das nationale Recht und Grundsätze	
zur Beweislast nach § 924 ABGB	50
A. Entstehung des Gewährleistungsrechtsänderungsgesetzes	50
B. Ziel und Zweck des Gewährleistungsrechtsänderungsgesetzes	52
C. Die überschießende Umsetzung der Verbrauchsgüterkauf-RL im österreichischen Gewährleistungsrecht	53
D. Die Vertragswidrigkeit (Art 2) der Verbrauchsgüterkauf-RL im österreichischen Recht	54
1. Umsetzung in den §§ 922 und 923 ABGB	54
2. Grundsätze zur Behauptungs- und Beweislastverteilung für das Vorliegen einer Mangelhaftigkeit	56
E. Die Vermutungsregel (Art 5 Abs 3) der Verbrauchsgüterkauf-RL im österreichischen Recht	57
1. Überschießende Umsetzung in § 924 ABGB	57
2. Zweck der nationalen Beweislastumkehr	59
3. Grundsätze der Behauptungs- und Beweislastverteilung für § 924 ABGB	61
F. Die Umsetzung des Art 5 Abs 3 der Verbrauchsgüterkauf-RL in Deutschland und bestehende Probleme bei der Auslegung des § 477 BGB	63
1. Umsetzung des Art 5 Abs 3 der Verbrauchsgüterkauf-RL und die Besonderheiten für den Anwendungsbereich des § 477 BGB	63
2. Die Judikatur des BGH und die Lehre zu § 477 BGB	66
a) Umstrittene Auslegung	66
b) Judikaturwende des BGH nach der Rs Faber	68
VI. Richtlinienkonforme Auslegung des § 924 ABGB und damit verbundene Probleme für den überschießend umgesetzten Anwendungsbereich	70
A. Auslegung der für die Anwendung des § 924 ABGB einschlägigen Begriffe	70
1. Verbraucherbegriff	71
2. Vertragswidrigkeit und Mangelhaftigkeit	72
3. Lieferung und Übergabe	73
B. § 924 ABGB im Anwendungsbereich der Verbrauchsgüterkauf-RL	73
C. Auslegung des § 924 ABGB außerhalb des Anwendungsbereichs der Verbrauchsgüterkauf-RL	73
1. Allgemeine Kriterien	75
2. Außerhalb der Verbrauchsgüterkauf-RL liegender persönlicher Anwendungsbereich	77
3. Außerhalb der Verbrauchsgüterkauf-RL liegender sachlicher Anwendungsbereich	80
a) Die Vermutungsregel beim Werkvertrag	80
aa) Allgemeines	80
bb) Überblick zur relevanten Judikatur und kritische Würdigung	82
cc) Prüfung der Anwendung des § 924 ABGB bei Werkverträgen	85
dd) Zusammenfassung	102
b) Die Vermutungsregel beim Bestand- und Leasingvertrag	104
aa) Bestandvertrag	104

bb) Leasingvertrag .....	109
cc) Conclusio .....	112
c) Die Vermutungsregel beim Pauschalreisevertrag? .....	112
d) Die Vermutungsregel bei unkörperlichen Sachen .....	114
e) Die Vermutungsregel bei unbeweglichen Sachen .....	115
4. Conclusio .....	117
<b>Dritter Teil: Die Vermutungsregel des § 924 ABGB .....</b>	<b>119</b>
VII. Das Vorliegen eines Mangels und der dafür maßgebende Zeitpunkt .....	119
A. Maßgebender Zeitpunkt im Gewährleistungsrecht .....	119
B. Vorliegen des Mangels .....	120
1. Allgemeines .....	120
2. Sach- und Rechtsmangel .....	121
a) Rechtsmängel im Gewährleistungsrecht .....	121
b) Untersuchung der Anwendbarkeit des § 924 Satz 2 ABGB für Rechtsmängel .....	123
c) Unterschiede für den Beginn der Vermutungsfrist nach § 924 Satz 2 und der Verjährungsfrist nach § 933 ABGB für Rechtsmängel .....	127
d) Fazit .....	129
3. Qualitäts-, Quantitätsmangel und Aliud .....	129
4. Anlage- und Weiterfressermangel .....	133
5. Mangel- und Mangelfolgeschaden .....	136
C. Übergabe iSd § 924 Satz 1 und Satz 2 ABGB .....	137
1. Allgemeines .....	137
2. Tatsächliche Übergabe und Gefahrenübergang .....	139
a) Annahmeverzug .....	139
aa) Grundsätze zum Annahmeverzug und der Vermutungsregel .....	139
bb) Kritische Auseinandersetzung mit den maßgeblichen Zeitpunkten für § 924 Satz 1 und Satz 2 ABGB beim Annahmeverzug .....	140
cc) Beweislastverteilung .....	143
b) Versendungskauf und Werklieferungsvertrag .....	146
aa) Gefahrtragung beim Versendungskauf und Werklieferungsvertrag ..	146
bb) Maßgebliche Zeitpunkte für § 924 Satz 1 und Satz 2 ABGB beim Versendungskauf und Werklieferungsvertrag .....	147
D. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	149
VIII. Die Vermutungsregel des § 924 Satz 2 ABGB und ihr Pendant in Art 8 Abs 3 des Entwurfes der Warenhandels-RL .....	150
A. Die Vermutungsregel des § 924 Satz 2 ABGB .....	150
1. Inhalt, Umfang und Reichweite der Vermutung .....	151
a) Kritische Darstellung des Meinungsstandes in der Lehre .....	151
b) Kritische Darstellung der relevanten Judikatur .....	153
c) Stellungnahme .....	157
2. Hervorkommen und Geltendmachung des Mangels .....	159
3. Berechnung der Vermutungsfrist .....	162
B. Die Vermutungsregel im Entwurf der Richtlinie über bestimmte vertrags- rechtliche Aspekte des Warenhandels (Warenhandels-RL) .....	163
C. Angemessenheit der Länge der Vermutungsfrist .....	165
1. Zweck der Länge und die damit verbundenen Problemstellungen .....	165
2. Conclusio .....	170
D. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Vermutungsregel des § 924 Satz 2 ABGB und Art 8 Abs 3 des Entwurfes der Warenhandels-RL .....	170
IX. Ausschluss der Vermutung nach § 924 Satz 3 ABGB .....	171
A. Allgemeines zu § 924 Satz 3 ABGB .....	172

B. Relevante Judikatur zu § 924 Satz 3 ABGB .....	173
C. Die „Unvereinbarkeit“ mit der Vermutungsregel nach § 924 Satz 3 ABGB .....	175
1. Exkurs zu den Beweisanforderungen der Ausnahme von der Vermutung in Deutschland .....	176
2. Risikorechnung als Konzept des § 924 Satz 3 ABGB .....	178
3. (Beweis-)Anforderungen für die Unvereinbarkeit des Mangels nach der Art der Sache oder der Art des Mangels .....	179
D. Unvereinbarkeit mit der Art der Sache .....	184
1. Gebrauchte Sachen .....	184
a) „Gebrauchte“ Sachen vs „neue“ Sachen .....	185
b) Bestehende Judikatur zu gebrauchten Sachen .....	187
c) Stellungnahme .....	190
2. Verderbliche, kurzlebige und minderwertige Sachen .....	192
a) Problemstellung .....	192
b) Meinungsstand in Österreich und Deutschland .....	193
c) Stellungnahme .....	195
aa) Kritische Auseinandersetzung mit dem Gesetzeszweck .....	195
bb) Überprüfung der analogen Anwendung des § 924 Satz 2 ABGB für verderbliche, kurzlebige oder minderwertige Sachen .....	196
cc) Eigener Lösungsansatz .....	197
3. Quantitätsmängel und Aliud .....	199
4. Fazit .....	199
E. Unvereinbarkeit mit der Art des Mangels .....	200
1. Gebraucherscheinerungen .....	200
2. (Offenkundige) Fehlbehandlung .....	201
3. Rechtsmängel .....	205
4. Fazit .....	205
F. Tiermängel .....	206
1. Verhältnis zwischen § 924 und § 925 ABGB .....	206
2. Spezialfall Verbrauchergeschäft .....	208
3. Anwendung des § 924 ABGB außerhalb des Anwendungsbereich des § 925 ABGB .....	209
4. Fazit .....	211
G. Spezialfall Unternehmenskauf? .....	212
1. Problemstellung .....	212
2. Unternehmens- und Anteilskauf und die Relevanz ihrer Unterscheidung für die Gewährleistung .....	213
3. „Unternehmensmangel“ .....	215
4. Anwendung von § 924 Satz 2 oder Satz 3 ABGB? .....	219
5. Fazit .....	222
H. Zusammenfassung der relevanten Voraussetzungen und Beweisanforderungen für § 924 Satz 3 ABGB .....	223
<b>Vierter Teil: Besondere Probleme der Vermutungsregel .....</b>	<b>225</b>
X. Ausgewählte Probleme im Zusammenhang mit § 924 ABGB .....	225
A. Schadenersatz statt Gewährleistung: § 924 im Verhältnis zu § 933 a und § 1298 ABGB .....	225
1. Grundlagen und Problemstellung .....	225
2. Überblick zur bestehenden Diskussion für die Anwendung der Vermutungsregel bei Mangel- und Mangelfolgeschäden .....	228
3. Kritische Würdigung .....	230
4. Fazit .....	232

B. Die Vermutungsregel beim Rückgriffsrecht des § 933 b ABGB und im Verhältnis zur Rügeobliegenheitspflicht nach § 377 UGB .....	232
1. Die Vermutungsregel beim Rückgriffsrecht des § 933 b ABGB .....	232
2. Die Vermutungsregel und ihr Verhältnis zu § 377 UGB .....	237
3. Conclusio .....	239
<b>Fünfter Teil: Die Beweislast nach Ablauf der Vermutungsfrist und Besonderheiten</b>	
<b>der Beweislast bei den Gewährleistungsbefehlen</b> .....	241
XI. Beweislast nach Ablauf des Anwendungszeitraumes für § 924 ABGB .....	241
A. Die Verteilung der Beweislast .....	241
B. Abweichungen für die Beweisforderungen? .....	242
C. Fazit .....	247
XII. Die Beweislast in Zusammenhang mit der Geltendmachung der konkreten Gewährleistungsbefehle .....	247
A. Grundsätze .....	247
B. Meinungsstand zur Beweislast für § 932 ABGB .....	248
1. Allgemeines .....	248
2. Besondere Fragen nach erfolgter Verbesserung der Sache .....	250
C. Beweislast für einen Mangel nach Austausch oder erfolgter Verbesserung .....	253
1. Vermutungsregel nach § 924 ABGB für Mängel nach dem Austausch der Sache .....	253
2. Vermutungsregel nach § 924 ABGB für nach der Verbesserung auftretende Mängel .....	254
a) Hervorkommende Mängel im Anwendungszeitraum der ursprünglichen Vermutungsfrist .....	254
b) Keine neue Vermutungsfrist für alle hervorkommenden Mängel nach der Verbesserung .....	254
c) Neue Vermutung für nach der Verbesserung wiederkehrende und neue Mängel .....	256
D. Ergebnis .....	258
<b>Sechster Teil: Kurze Einschätzung der Beweislastverteilung nach dem Entwurf einer Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte (DI-RL)</b> .....	
261	
XIII. Der Entwurf einer Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte (DI-RL) .....	261
A. Eckpunkte des Entwurfs der DI-RL .....	261
B. Auseinandersetzung mit der Beweislast nach dem DI-RL-Entwurf .....	263
1. Die Beweislast und der dafür maßgebende Zeitpunkt .....	263
a) Art 9 Abs 1 .....	263
b) Art 9 Abs 2 und Abs 3 .....	266
c) Ergebnis .....	267
2. Rechtfertigung der fehlenden Befristung der Beweislastumkehr? .....	268
3. Umsetzung im nationalen Recht .....	269
C. Conclusio .....	270
XIV. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse .....	271
Judikaturverzeichnis .....	275
Österreichische Judikatur .....	275
Deutsche Judikatur .....	281
Judikatur des EuGH .....	282
Stichwortverzeichnis .....	285